

Frankfurt, 24. März 2015

PRESSEKONFERENZ

**Uwe Fröhlich,
Präsident des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

Statement

Jahrespressekonferenz

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin
Telefon: (030) 20 21-13 00
Telefax: (030) 20 21-19 05

Internet: www.bvr.de
E-Mail: presse@bvr.de

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den 1.047 deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und genossenschaftlichen Sonderinstituten ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 erneut gelungen, ihre Ertragslage auf hohem Niveau stabil zu halten. Die Kreditgenossenschaften steigerten ihren Zins- und Provisionsüberschuss leicht. Im Kredit- und Einlagengeschäft gelang es ihnen, weitere Marktanteile hinzuzugewinnen. Vor allem bei Krediten für Firmenkunden wuchsen die Genossenschaftsbanken, die eine addierte Bilanzsumme von 788 Milliarden Euro aufweisen, stärker als der Markt. Das vorläufige Teilbetriebsergebnis betrug 7,3 Milliarden Euro, der Jahresüberschuss nach Steuern lag bei 2,3 Milliarden Euro.

Heute soll hier – wie jedes Jahr um diese Zeit – nur von der **Geschäftsentwicklung unserer Ortsbanken** mit ihren 161.500 Mitarbeitern die Rede sein – im Sommer werden meine Kollegen vom Vorstand des BVR und ich Ihnen dann die konsolidierten Zahlen der gesamten Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken vorstellen können.

Unser **überdurchschnittliches Wachstum im Kundengeschäft** konnte die aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase teilweise sinkenden Margen im Einlagen- und Kreditgeschäft kompensieren. Durch hohe Investitionen in unsere digitalen Vertriebskanäle sichern die Kreditgenossenschaften vor Ort ihre Zukunftsfähigkeit. Auch die Kostenseite wird weiterhin unsere volle Aufmerksamkeit benötigen. Nicht zuletzt die Fusion der beiden genossenschaftlichen Rechenzentralen wird in den nächsten Jahren allein auf Ortsbankenebene zu Synergieeffekten von mindestens 125 Millionen Euro im Jahr führen.

Unser größtes Asset aber ist das Vertrauen unserer Kundinnen und Kunden, das uns nicht nur das Wachstum im Kreditgeschäft ermöglichte, sondern sich auch in der weiter steigenden Zahl unserer **Mitglieder** niederschlägt: Mit beeindruckenden 18.025.000 Mitgliedern – netto ein Plus von 312.000 – übersteigt die Zahl der Menschen, die Anteile an einer Genossenschaftsbank halten und sich damit auch Mitspracherechte sichern, erneut eine Millionenmarke. Seit 2008 konnten unsere Banken 1,8 Millionen neue Mitglieder hinzugewinnen. Die Kunden nehmen den von unserer Gruppe angebotenen Mix aus starker Präsenz vor Ort, persönlicher Beratung und Onlineverfügbarkeit an und verleihen ihrer Sympathie für das genossenschaftliche Geschäftsmodell der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung durch die Teilhabe an ihrer Bank vor Ort Ausdruck.

Banken, die vor Ort Präsenz zeigen, sind aus Sicht der Europäischen Zentralbank (EZB) oftmals nicht systemrelevant. Dennoch sind sie Regulierungsmaßnahmen unterworfen wie große Bankhäuser auch. Unter der Last der Regulierungsumsetzung leiden mittelständisch organisierte

Institute jedoch besonders. Die Bankenunion war die weitreichendste Integration der Europäischen Union seit der Einführung des Euro. Ihre Umsetzung ist nicht unbedingt ein Quell der Freude für die gesamte Bankenbranche. Der Datenhunger der Aufseher, vor allem der EZB, führt – auch für mittelbar beaufsichtigte Banken – zu enormen **Meldeanforderungen**. Als eine Mischung aus dem gerade erst erweiterten Millionenkreditmeldewesen und verschiedenen Bankenstatistiken wird die EZB zum Beispiel mit der Meldung zum Analytical Credit Dataset (AnaCredit) ab 2017 eine regelrechte Datenflut bei den Banken auslösen: Jeder Kredit an Firmenkunden und für private Wohnungsbaufinanzierungen ab einem Engagement von 25.000 Euro wird meldepflichtig sein. Zu jedem Kredit sind 152 Attribute an die EZB zu übermitteln. Das bedeutet für einzelne Institute der genossenschaftlichen FinanzGruppe, dass nahezu jeder Kredit im Bestand der Bank zu melden sein wird. Ich könnte noch beispielhaft über die anstehenden Informationen über besicherte und unbesicherte Geldmarktgeschäfte auf täglicher Basis für die Bundesbank reden. Oder über den Wunsch der EZB nach detaillierten Angaben in den Meldeformularen der European Banking Authority für das Financial Reporting (FINREP). Formulare übrigens, die ursprünglich nur für nach International Financial Reporting Standards (IFRS) bilanzierende Institute entworfen wurden. Überhaupt möchte ich den Trend zur IFRS-Rechnungslegung in Frage stellen. Diese stellt häufiger auf aktuelle Zeitwerte in der Bilanz ab und ist damit deutlich volatil als die von uns favorisierte Rechnungslegung nach HGB mit ihrer starken Orientierung am Vorsichtsprinzip. Oder reden wir – Stichwort Basel III – über das umfangreiche Regelwerk für einheitliche Meldestandards durch die Capital Requirements Regulation (CRR). Steht hier der Erkenntnisgewinn immer in einem angemessenen Verhältnis zum Aufwand?

Sie sehen, meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun. Doch schon setzt die Europäische Kommission – getrieben durch ihre Maxime „jobs and growth“ – mit ihrer Idee einer **Kapitalmarktunion** ein neues Schwerpunktthema für die kommenden Jahre – immerhin bis jetzt das einzig neue Großprojekt. Das Anliegen der Kapitalmarktunion: Mehr Unternehmensinvestitionen mobilisieren und das Finanzsystem stabilisieren. Außerdem soll sie zusätzliche Finanzmittel von außerhalb in die Europäische Union lenken. Dabei beruht die Kapitalmarktunion insbesondere aus deutscher Sicht auf einer Fehldiagnose. Die Kommission befindet, die Verbindung zwischen Sparern auf der einen und Investoren auf der anderen Seite sei gestört. Mit Blick auf Deutschland ist das schlicht falsch. Die Finanzierung in Deutschland erfolgt seit Jahren ohne Defizite. Dies gilt sowohl für Privat- als auch für Firmenkunden. Doch während die Unternehmenskreditvergabe aufgrund der immer noch vorherrschenden Zurückhaltung bei Investitionen Ende 2014 mit einem branchenweiten Zuwachs von 0,8 Prozent nur mager zugelegt hat, verzeichneten die Privatkundenkredite mit 1,8 Prozent einen moderaten Zuwachs.

Die monatliche Umfrage des ifo Instituts zur Kredithürde bestätigt: Aus Sicht der Unternehmen ist der Kreditzugang derzeit eher leicht. Der Indikator liegt aktuell auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 2003. Ähnlich ist es auch in Frankreich, Belgien oder Österreich. Schwieriger sieht die Finanzierungssituation im Süden Europas aus. Hier hat die Krise negativ auf die Kreditvergabebereitschaft der Banken gewirkt. Durch den Wirtschaftseinbruch verringerten sich Bonität und Investitionsneigung der Unternehmen deutlich. Die Länder sind jedoch – bis auf das Sorgenkind Griechenland – bereits auf dem richtigen Weg. Durch umfangreiche Strukturreformen haben sie die Wachstumsgrundlagen verbessert. Diese Anstrengungen dürften sich in diesem Jahr positiv auf die Investitionen im Euroraum auswirken. Gerade dann benötigen die meisten Unternehmen leistungsfähige Banken, um Finanzierungsbedarfe zu decken. Eine Finanzierung über die Kapitalmärkte, wie sie die Kommission im Rahmen der Kapitalmarktunion stärken möchte, ist für die meisten kleinen und mittleren Unternehmen zu aufwändig, zu teuer und kommt daher nur sehr selten in Betracht.

Bei der Kreditvergabe im Euroraum zeichnet sich inzwischen eine Trendwende ab, da der Rückgang der Kreditbestände im Euroraum Ende 2014 auslief. In den kommenden Monaten rechnen wir wieder mit positivem, wenn auch noch überschaubarem Kreditwachstum im Euroraum.

Warum also die Kapitalmarktunion? Nun ist grundsätzlich der Abbau von Hemmnissen für die Kapitalmarktfinanzierung nicht abzulehnen. Es darf aber keine künstlichen Anreize für Sparer und institutionelle Anleger geben, in komplexe, intransparente Kapitalmarktinstrumente zu investieren. Vor Fehlanreizen für die Unternehmen und neuen Stabilitätsrisiken durch eine künstlich aufgeblähte Kapitalmarktfinanzierung sollte sich Europa nach den Erfahrungen der Finanzkrise hüten.

Wenn sich EU-Kommissar Jonathan Hill also aufmacht, mit der Kapitalmarktunion Hürden in Europa zu beseitigen, dann darf er nicht nur Hürden für die Kapitalmarktfinanzierung zur Seite räumen. Er muss ebenso sicherstellen, dass die Banken ihre Finanzierungsfunktion für die Wirtschaft bestmöglich erfüllen können. Banken streng zu regulieren, aber die Vorschriften für den Kapitalmarkt zu lockern, das ist kein level playing field. Kurzum – Hill muss die Kapitalmarktunion weiterentwickeln zu einer **Mittelstandsoffensive**. Mittelständische Kreditinstitute brauchen mehr Freiraum und weniger Regulierung, um die Versorgung der Realwirtschaft auch weiterhin sicherstellen zu können. Es gibt viel zu tun: Der Baseler Ausschuss etwa darf beim Kreditrisikostandardansatz nicht die Erleichterungen für den Mittelstand abschaffen. Dadurch würde sich die Mittelstandsfinanzierung deutlich verteuern.

Bei der Unternehmensfinanzierung von kleineren mittelständischen Unternehmen bis 50 Millionen Euro Jahresumsatz spielen gerade regionale Kreditinstitute mit engem Kontakt zu ihren Kunden eine entscheidende Rolle. Gerade diese aber stünden dann höheren Kapitalanforderungen gegenüber. Herr Hofmann wird dies später noch erläutern.

Ein wichtiger Grund für den reibungslosen Kreditzugang in Deutschland liegt schließlich in der hohen Vielfalt aus privaten Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken – die allesamt in intensivem Wettbewerb stehen. Dass sich die Investitionen in Deutschland immer noch verhalten entwickeln, ist nicht auf ein mangelndes Kreditangebot, sondern auf eine geringe Nachfrage nach Finanzmitteln zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, die Zuversicht bei den Investoren dürfte allmählich wieder steigen, auch wenn die Belastungen durch globale Krisen wie dem Russland-Ukraine-Konflikt oder durch den Dauerbrenner der Griechenlandkrise erhöht bleiben werden. Unterstützt wird die Konjunktur auch durch den niedrigen Ölpreis und die Schwäche des Euro. Diese ist natürlich das Ergebnis des extrem expansiven geldpolitischen Kurses der EZB, die gerade ihr auf mindestens 19 Monate ausgelegtes **Kaufprogramm für Staatsanleihen** begonnen hat. Frühestens im September 2016 will sie die Käufe einstellen. Da die Papiere in der Bilanz der EZB bleiben, wird die Angebotsverknappung aber auch nach einem Ende der Käufe hoch bleiben. Damit setzt die EZB die traditionellen Regeln des Bankgeschäfts außer Kraft. Finanzmärkte und Banken befinden sich in einer verkehrten Welt mit falschen Preissignalen. Bundesanleihen weisen negative Renditen bei Laufzeiten bis zu sieben Jahren auf. Auf der Suche nach sicheren Anlagen müssen Investoren immer öfter garantierte Verluste hinnehmen. Auch für die Regierungen setzt das billige Geld Fehlanreize. Das Quantitative Easing der EZB trägt in Ländern wie Frankreich und Italien ungewollt dazu bei, die zahlreichen und dringend notwendigen Strukturreformen viel zu zögerlich anzugehen.

Die EZB ist mit dem Start ihres Kaufprogramms für Staatsanleihen zufrieden. Der Absturz der Renditen und auch des Eurokurses ist heftig ausgefallen – wahrscheinlich auch heftiger als die Geldpolitiker erwartet haben. Mit Blick auf die Sparer und die Sparkultur sollte die EZB jetzt schnell ihren **Handlungsspielraum nutzen**. Sie muss das Ankaufprogramm nachjustieren und dabei den Einlagenzinssatz zumindest wieder auf Null erhöhen. So wäre das Sparen wieder – ein wenig – attraktiver. Auch der Federal Reserve gelang schließlich ein Staatsanlehenaufkaufprogramm, ohne auf negative Zinsen zu setzen.

Meine Damen und Herren, jetzt blicken wir zunächst aber erst einmal auf die aktuelle Geschäftsentwicklung der Volksbanken und Raiffeisenbanken.